Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wirtschaftsspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

des Verwaltungsbeamten Ogier für die befreiten Gebiete, des Vorkämpfers der Syndikatsbewegung Coupat für das Unterstaatssekretariat für Fortbildungsschulen, sowie von neuen Männern wie Isaac, früheren Präsidenten der Handelskammer Lyon (Handel), Jourdain (Arbeit), der Unterstaatssekretäre Thoumyre und Reibel, größtenteils Mitarbeiter der 1910 von Millerand gegründeten Zeitschrift „Le Parlement et l'Opinion", werden stellenweise als Entschluß, tatsächliche Arbeit zu leisten, aufgefaßt, aber die vorsichtige Zurückhaltung von erfahrenen Politikern wie Viviani und Raoul Péret, die den Eintritt in das Kabinett ablehnten, sowie die erste Abstimmung deuten doch mehr darauf hin, daß man auf die Entschlüsse Poincarés wartet.

Innerpolitisch erwarten das neue Kabinett bedeutende, zum Teil ungeheure Aufgaben: der Wiederaufbau, die Finanzreform, die sozialen Reformen, endlich die Durchführung oder Versumpfung des immer wieder hinausgeschobenen Caillauxprozesses. Die endgültige Unschädlichmachung Caillaux und seiner Parteifreunde gilt der Rechten als ein Teil des Kampfes gegen Deutschland und hat insofern auch für uns Interesse. Außenpolitisch gilt es eine in der Presse bereits sich vorbereitende Umgestaltung der Stellungnahme gegen die russische Sowjetregierung, sowie die Durchführung des Friedensvertrages. Da schon aus innerpolitischen Rücksichten jedes Regierungsmitglied in Frankreich sich genötigt sehen wird, jeden Mißstand der inneren Organisation, Verwaltung und Wirtschaft auf die Mängel des Friedensvertrages zu schieben, ist vorderhand an keine Milderung zu denken und auch die neuesten Erklärungen des „Temps" sollte man mit viel Vorsicht aufnehmen, zumal wenn Poincaré wirklich wieder ans Ruder kommt. Es gibt, je mehr Amerika sich vom europäischen Kriegsschauplatz zurückzieht, für Frankreich ja nur zwei Wege: Zusammenarbeit mit Deutschland oder Abhängigkeit von England. Die bisherige Politik Poincarés, die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan, die einmal eingeschlagene Bahn der Annexion des linken Rheinufers, der Begünstigung Polens und des deutschen Partikularismus, für die geschlossen alle Militärs sind, und die sich nicht so ohne weiteres einstellen läßt, lassen die Wahl, die Frankreich treffen wird, kaum als zweifelhaft erscheinen.

Menenius

Wirtschaftsspiegel

Die Sechsstundenschicht im Bergbau? Über dem Industriegelände zwischen Duisburg und Dortmund, dem Fundament unserer Volkswirtschaft, ballten sich in den letzten Tagen drohend schwarze Wetterwolken zusammen. Die Ursache des drohenden Unwetters war die Sechsstundenschicht im Bergbau. Schon seit Monaten bearbeitet die kommunistische und unabhängige Presse die Bergarbeiter zu dem Zwecke, die kürzere Schichtdauer durch Streik oder durch passive Resistenz zu erzwingen, ganz gleich, was daraus folgt. Ja, kommunistische Kreise propagierten sogar schon die Fünfstundenschicht, wahrscheinlich, weil sie damit rechnen, daß die Sechsstundenschicht erzwungen werden wird. Die Arbeitgeber werden diese Forderung aber nie bewilligen; denn es wäre Wahnsinn und Vermessenheit, die Hand zur Zerstörung des letzten Restes unserer Volkswirtschaft zu bieten.

Als der Achtstundentag im November 1918 im Bergbau seinen Einzug hielt und erhebliche Lohnsteigerungen und Erhöhungen der Selbstkosten der einzelnen Werke die unmittelbare Folge waren, mußten zahlreiche Arbeitskräfte neu eingestellt werden, die außer dem Mehr an Löhnen erhöhte Ausgaben für Versicherungsbeiträge usw. erforderten. Die Förderung verbesserte sich indessen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nicht; im Gegenteil, sie ging immer mehr zurück und die Kohlenpreise stiegen. Trotz dieses schwerwiegenden Danaergeschenkes der Regierung folgte ein Kohlenarbeiterstreik dem andern. Die Ansprüche der Bergarbeiter steigerten sich immer mehr, so daß der während der Kriegszeit erzielte Gewinn von durchschnittlich 113,2 Millionen Mark schon durch den von Anfang November 1918 bis Ende April 1919 entstandenen Verlust von ½ Milliarde Mark vollkommen ausgeglichen wurde. Monatliche Betriebsverluste von sage und schreibe 2 bis 3 Millionen Mark waren nichts Neues.

Auf Einwirkung des damaligen Reichsarbeitsministers Bauer hielt dann am 9. April 1919 die siebenstündige Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Arbeiter ihren Einzug. In diese Arbeitszeit wurde die Ein- und Ausfahrt mit einbegriffen, so daß die tatsächliche reine Arbeitszeit nur 5½ Stunden beträgt. Dadurch waren die deutschen Bergarbeiter besser gestellt als die englischen, die erst August 1919 die verkürzte Arbeitszeit auf 7 Stunden, jedoch unter Ausschluß der Ein- und Ausfahrt, bewilligt erhielten. Die Folge der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden war ein riesenhafter Rückgang der Produktion. Eine Kohlennot setzte ein, wie wir sie bisher noch nicht kennen gelernt hatten. Die Kraft-, Wärme- und Lichtquellen mußten teilweise versiegen und es entstand ein völliger Rohstoffmangel bei denjenigen Wirtschaftszweigen, die sich auf die Kohle, den Koks und die Gewinnung der Nebenprodukte als ihre einzige Rohstoffquelle stützen. Aus allen Teilen Deutschlands liegen erschütternde Meldungen über die Not tausender Arbeitsloser und ihrer Familien vor. Ganze Industrien sind bereits zum Stillstand gekommen; weitere folgen. Der Kohlenmangel macht sich ganz besonders im Ruhrgebiet verhängnisvoll bemerkbar. Buchstäblich liegen hier die Kohlen vor der Tür, und doch muß ein Betrieb nach dem anderen schließen. Sogar die gemischten Betriebe, die über eigene Zechen in genügender Zahl verfügen, müssen es sich bieten lassen, daß ihre selbst geförderte Kohle oft noch im eigenen Wagen weggefahren wird nach Orten, wo das Bedürfnis anscheinend dringlicher als bei ihnen ist. Bei Krupp steht schon seit Monaten neben vielen anderen Betrieben eines der größten Martins-Stahlwerke still, obwohl in seiner Nähe eine der ergiebigsten Gruben liegt. Die Katastrophe ist so groß, daß einzelne Zechen selbst feiern müssen, weil die Kraftwerke die Stromlieferung zum Betriebe der Förderungsanlagen einstellen müssen. Weiter kommen Werke zum Stillstand oder müssen ihren Betrieb wesentlich einschränken, die ausschließlich und in erster Linie Bergbaubedarf zu liefern haben, ohne deren Erzeugnisse der Bergbau nicht leben kann. So mußte vor einigen Tagen das Stahlwerk Eickel & Co. in Hagen, das Drahtseile für die Grubenförderung liefert, stillgelegt werden. Förderseile, ein dringendes Bedürfnis des Bergbaues, sind heute kaum mehr zu haben. Die Stillegung von Drahtseilwerken bedeutet also für den Bergbau eine ernste, sehr ernste Gefahr. Nicht minder besorgniserregend ist die Tatsache, daß der Vorrat an Glaszylindern für die Sicherheitslampen auf den Gruben bedenklich zur Neige geht und wegen Stillegung der betreffenden Glasfabriken nicht mehr in ausreichendem Maße ergänzt werden kann. Ohne diese Glaszylinder ist aber die Aufrechterhaltung der Grubenbeleuchtung nicht möglich. Weiter betrifft die Stillegung der Sprengstoffabriken, der Zündschnurfabriken den Bergbau unmittelbar. Fabriken, welche die unentbehrlichen Förderwagen, Grubenwagenkoppelungen und dergleichen liefern sollen, sind ebenfalls schon zum Stillstand gekommen. Ein heilloser Kreislauf! Tritt hier nicht bald eine Wendung zum Besseren ein, dann läßt sich fast mit mathematischer Sicherheit der Tag berechnen, an dem die deutsche Wirtschaft infolge von innerem Kräfteverfall zusammenbrechen wird.

Erläuternd braucht über die Notlage nichts weiter gesagt zu werden. Sie ist da und wirkt verheerend und nervenaufreibend und, was das Schlimmste ist, sie lähmt unfehlbar die Arbeitsfreudigkeit. In einem beweglichen „Aufruf an die Arbeitsbrüder im Bergbau" haben die Gewerkschaften der Metallarbeiter, Textilarbeiter, Fabrikarbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter, Nahrungsmittelarbeiter, Holzarbeiter, Kaliarbeiter, Zementarbeiter usw. die ungeheure Notlage in den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

genannten Industrien geschildert und die Bergleute inständigst gebeten, doch mit allen Mitteln für die Erhöhung der Förderung zu wirken, damit die große Arbeitslosigkeit infolge Kohlenmangels nicht noch größer werde. Der Führer des sozialdemokratischen Glasarbeiterverbandes schilderte die Lage seiner Mitarbeiter wie folgt: „Geradezu herzzerreißend ist der Notschrei der Glas-Heimarbeiter in Thüringen. Es fehlt ihnen nicht nur an Glasröhren, die sie für ihre Waren brauchen, sondern auch die thüringischen Gasanstalten haben nicht genügend Kohlen, um ihnen das Gas für ihre Gebläse liefern zu können. Diese Arbeiter sind unterernährt; unter ihnen wütet die Lungentuberkulose, und dabei ist es ihr Beruf, Instrumente anzufertigen, die in der Hand des Arztes dazu dienen, Millionen von Menschen vom Siechtum oder von langer Krankheit zu retten, oder es sind Arbeiter, die den herrlichen Christbaumschmuck anfertigen, der am Weihnachtsabend die Herzen der Kinder freudig schlagen läßt." Trotz dieser sich immer wiederholenden Notschreie aus den Kreisen der Arbeiterschaft feierten die Bergleute des Ruhrreviers im Durchschnitt der letzten Monate willkürlich rund 900000 Schichten. Das unabhängig-kommunistische „Ruhrecho" nannte den gemeinsamen Aufruf der verschiedenen Organisationen einen „heuchlerischen und verlogenen Aufruf an die Bergarbeiter". Aus den Gesichtern dieser Dunkelmänner grinst Dantes Inferno.

Welches wäre nun die Wirkung der Sechsstundenschicht? Im Ruhrrevier, dem einzigen Kohlengebiet, welches uns der Friedensvertrag unbestritten gelassen hat, ist die Förderung von 114,5 Millionen Tonnen im letzten Friedensjahre auf rund 70 Millionen Tonnen im Jahre 1919 gesunken. Das abgelaufene Jahr hat also mit einem unwiederbringlichen Ausfall von 44 Millionen Tonnen abgeschlossen. Vor dem Kriege hatten wir mit Einschluß des Saarreviers und der oberschlesischen Gruben eine Jahresproduktion von 192 Millionen Tonnen, von denen 157,8 Millionen im eigenen Lande verbraucht wurden. Von der uns gegenwärtig zur Verfügung stehenden, auf weniger als die Hälfte reduzierten Menge müssen wir aber noch auf Grund der Versailler Bestimmungen jährlich 43 Millionen Tonnen abgeben. Die unheilvollen Wirkungen des Sechsstundentages gehen am besten aus einem Vergleich hervor, der zwischen dem Förderergebnis dreier aufeinander folgenden Monate, in denen weniger gestreikt wurde (September, Oktober und November 1919) und der voraussichtlich vorliegenden Förderungsmenge an Kohlen bei Einführung der verkürzten Schicht angestellt wird. In dem angegebenen Quartal förderten monatlich das Ruhrrevier bei siebenstündiger Schicht $6^1/_2$ bis 7 Millionen, Oberschlesien bei achtstündiger Schicht $2^1/_2$ Millionen Tonnen, die übrigen Kohlenbezirke etwa über 1 Million, zusammen etwa $10^1/_2$ Millionen Tonnen. Bei Verkürzung der Schichtzeit um je 1 Stunde — also nicht bei durchgeführter Sechsstundenschicht — würde sich ein monatlicher Ausfall ergeben im Ruhrrevier von etwa 1 Million Tonnen, in Oberschlesien von etwa 312 000 Tonnen, in den übrigen Kohlenbezirken von etwa 125 000 Tonnen, zusammen 1 437 000 Tonnen. Da die An- und Ausfuhrzeit der Bergleute auch bei verkürzter Arbeitszeit die gleiche bleibt, ist praktisch der Ausfall noch größer als nach der übrigens rein theoretischen Berechnung. Mit Kohlen sind in erster Linie die Eisenbahnen, die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und der Hausbrand zu beliefern. Eine Verkürzung in der Belieferung wird hier kaum eintreten können. Der Rest, der für Industrien und Privatbahnen in Betracht kommt, betrug zum Beispiel im Monat November 3 032 000 Tonnen. Zieht man davon den durch Schichtverkürzung verursachten, oben errechneten Ausfall ab, so bleiben für Industrie usw. noch etwa 1 600 000 Tonnen übrig. Da die gesamte Industrie im November 1919 an Kohlen nur knapp die Hälfte ihrer Anforderung, die 6 538 000 Tonnen betrug, bekam, so könnte sie nach Schichtverkürzung nur den vierten Teil bekommen. Das Heer der Arbeitslosen würde sich also ins Unermeßliche vergrößern. Die Gemeinden müßten noch gewaltigere Summen zur Unterstützung der Arbeitslosen aufbringen. Der völlige Bankerott unserer Volkswirtschaft wäre unausbleiblich.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bei der Sechsstundenschicht bleibt dann noch zu beachten, daß die reine Arbeitszeit bedeutend niedriger ist, und zwar kommen in Abzug der Weg zum Schacht und zur Arbeitsstelle und zurück, der Aufenthalt für Empfang des Werkzeugs und der Sprengstoffe, die „Butterpause", die Aussetzung der Arbeit aus Betriebsrücksichten (beim Sprengen und Schießen), so daß schließlich nur noch $4^1/_2$ Stunden übrig sind. Im Vergleich zur Vorkriegsschicht von $8^1/_2$ Stunden reiner Arbeitszeit bedeutet dies aber einen Ausfall von 35 Prozent.

In den Kreisen der Bergarbeiterschaft wird nun ständig auf die Arbeitszeit im englischen Bergbau hingewiesen. Die Kohlenwirtschaft in diesem Lande ist jedoch ganz anders geartet als bei uns. England hat die weitaus vorteilhafteren wirtschaftlichen Lebensbedingungen und in seinem Bergbau Abbauverhältnisse, die wesentlich günstiger sind als die deutschen. Hierzu kommt, daß es als Sieger gilt. Wie liegen nun die wirklichen Verhältnisse in England? Zurzeit arbeiten dort die Bergleute $^3/_4$ Stunden länger als die deutschen. Der englische Bergmann ist $7^3/_4$ Stunden unter Tage, der Ruhrbergmann nach den zurzeit geltenden Bestimmungen 7 Stunden. Von Anfang 1921 ab will die englische Bergarbeiterschaft die Sechsstundenschicht eingeführt wissen, vorausgesetzt, daß die internationale Wirtschaftslage es gestattet! Die geplante englische Sechsstundenschicht ist aber keineswegs identisch mit der von unseren Bergleuten so nachdrücklich verlangten Sechsstundenschicht. Die Engländer nehmen nämlich in Aussicht, daß die Kohlenförderzeit von 1921 ab 6 Stunden betragen soll. Die Personenförderung ist also in die Schicht nicht einbegriffen. Bei den englischen Förderverhältnissen dauert die Personenförderung im Durchschnitt je Schicht rund $^3/_4$ Stunden. Demnach würde also, wenn wirklich von 1921 ab die Schichtverkürzung im englischen Bergbau Platz griffe, der englische Bergmann bei der gleichen Reihenfolge für Ein- und Ausfahrt durchschnittlich $6^3/_4$ Stunden unter Tage sein. Er würde sich dann also nur wenig besser stehen, als der deutsche Bergmann sich schon jetzt bei der Siebenstundenschicht steht.

Wiederholt ist von den Bergarbeitern die zurückgehende Leistung unter anderem auch auf eine Verminderung der körperlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen zurückgeführt worden. Dies ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig, denn immer mehr machte sich bei der mustergültigen Fürsorge der Zechen die Gepflogenheit geltend, nach Beendigung der Schicht in anderen Betrieben die Gepflogenheit zu suchen und als Konkurrent der anderen Arbeiter aufzutreten. Es wäre also ein Hohn auf den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, wollte man die Hand zur Einführung der Sechsstundenschicht reichen.

Nicht die mindeste Möglichkeit, die Förderung zu steigern, darf ungenutzt bleiben, zumal die Vermehrung der Gesamtbelegschaft in absehbarer Zeit nur langsam vor sich gehen kann. Seit Kriegsende hat diese im Ruhrbergbau eine Zunahme um etwa 65000 Mann erfahren. Weitere Neueinstellungen verbietet indessen vorerst die außerordentlich schwierige Wohnungsbeschaffung. Die finanziellen Mittel, ihr zu steuern, sind allerdings unlängst durch einen Sonderzuschlag auf den Kohlenpreis von fünf Mark pro Tonne sicher gestellt worden. Bei der trostlosen Lage unseres Baugewerbes wird es indessen noch lange Zeit dauern, bis die erforderlichen Neubauten für Arbeiterwohnungen in genügender Zahl zur Verfügung stehen. Am 11. Juli 1919 veranstaltete der Bergbauliche Verein in Essen bei den ihm angeschlossenen Zechen eine Rundfrage über die Arbeiterwohnungsverhältnisse. Diese Rundfrage beansprucht besondere Beachtung, da sie für 95 Prozent der Gesamtbelegschaft wertvolle Angaben liefert. Die Zahl der den Werken zur Verfügung stehenden Wohnungen belief sich in 36592 Häusern auf 112826 Wohnungen. Zum Vergleich sei das Ergebnis der Ermittlungen in früheren Jahren hinzugefügt: 1874: 6045, 1893: 10525, 1900: 26245, 1907: 52899, 1912: 81780, 1. März 1914: 94027, 1. Juni 1919: 112826 Wohnungen. Obwohl in den letzten Jahren die Bautätigkeit fast ganz unterbunden war, ist demnach doch seit 1. März 1914 noch eine Zunahme um 18800 Wohnungen zu verzeichnen. In den Werkswohnungen waren am

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

1. Juni 1919 560077 Personen untergebracht. Von ihnen waren 151850 oder 27,12 Prozent auf den Zechen beschäftigte Arbeiter, und zwar 138042 oder 24,65 Prozent Familienvorstände und Söhne und 13808 oder 2,47 Prozent Kostgänger. Die übrigen Bewohner waren, bis auf 1687 sonstige Aftermieter, Familienangehörige. Unter den Wohnungen ist bei weitem am stärksten die Vierzimmer-Wohnung vertreten. Mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Wohnungen mit 54,70 Prozent der insgesamt in Zechenwohnungen untergebrachten Personen entfällt auf diese Gruppe. Die Dreizimmer-Wohnungen machten annähernd 36 Prozent aus mit 31,53 Prozent der Personen, wogegen auf die Fünf- und Zweizimmer-Wohnungen nur rund 6 bzw. 5 Prozent mit 7,85 und 3,32 Prozent der Personen entfielen. In den Sechszimmer-Wohnungen (1,81 Prozent der Gesamtzahl) waren 2,58 Prozent der in Frage kommenden Personen untergebracht. Die Belegung je Zimmer ist mit 1,64 Personen am stärksten bei den Zweizimmer-Wohnungen, sie geht mit der Zunahme der Zimmerzahl stetig herunter und beträgt bei den Sechszimmer-Wohnungen nur noch 1,18 Personen. Der Preis einer Zechenwohnung bleibt um rund 40 bis 56 Prozent unter dem ortsüblichen Satz. Für eine Vierzimmer-Wohnung, die meist vertretene Art, bezahlt der Bergmann beispielsweise im Durchschnitt 211 Mark jährlich (ortsüblicher Satz ist für eine Privatwohnung 425 Mark). Außerdem verfügten die Zechen am 1. Juni dieses Jahres auch noch über 134 sogenannte Menagen, in denen 7101 Arbeiter untergebracht waren und die Möglichkeit für die Unterbringung weiterer rund 12000 bestand. Von der Belegschaft des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus von 413000 Mann an dem genannten Tage wohnten, wenn man für die in der Statistik nicht berücksichtigten Werke die gleichen Verhältnisse annimmt wie für die von ihr erfaßten Zechen, insgesamt rund 167000 oder 40,44 Prozent in Zechenhäusern oder Menagen. Aus diesen Zahlen sehen wir eine quantitative Zunahme der Wohnungen, die aber bei weitem nicht ausreicht, um die dringend benötigte Zahl der Belegschaft unterzubringen. Mit Rücksicht auf diese schwierigen Unterkunftsmöglichkeiten mußten die Arbeitsnachweise vielfach die Vermittlung von geeigneten Arbeitskräften für die Zechen einstellen.

Könnte nun unsere Kohlennot durch Einfuhr aus dem Auslande behoben werden? Die Frage ist zu verneinen. Denn als einziges Überschußgebiet kommt für uns augenblicklich Amerika in Betracht, von wo der Bezug infolge der unerschwinglichen Preishöhe und des Tiefstandes unserer Valuta gänzlich außer Frage steht. Als einzige Rettung bleibt uns also nur die Steigerung der eigenen Produktion durch Überschichten oder Überstunden in den Bergwerken. Unter keinen Umständen darf man den wahnwitzigen Elementen, die hinter den Kulissen ihr Unheil treiben, die Freiheit lassen. Gegen ihren Wahnsinn hilft nur härtester Gegenzwang, soll die Freiheit und das Leben des übrigen deutschen Volkes geschützt werden. Ein Weg zum Besseren liegt vor uns. Er geht über den Arbeitszwang und die Militarisierung der Arbeit. Bei einer anderen Gelegenheit wurde dieser Weg schon einmal im oberschlesischen Bergrevier mit Erfolg beschritten. Es darf also auch diesmal vor einem Zwang nicht zurückgeschreckt werden. Nur dieser Weg gereicht der Gesamtheit zum Segen.

Auf der augenblicklichen Tagung der einzelnen Bergarbeiterorganisationen haben die einzelnen Vertreter betont, daß man bis zur internationalen Regelung dieser Frage von der Einführung der Sechsstundenschicht absehen müsse und Vertreter der Regierung wiesen darauf hin, daß sie es sich werden angelegen sein lassen, für eine derartige Regelung einzutreten. Anstatt des kategorischen Nein lieferte sich damit die Regierung wieder einem faulen Kompromisse aus. Ruhe wird durch diese Erklärung in die so schwer daniederliegende Schlüsselindustrie nie kommen. Welches Land es heute versteht, seinen Kohlenreichtum wirklich auszunutzen, hat gewonnenes Spiel. Die deutsche Bergarbeiterschaft braucht keineswegs dem Phantom der internationalen Regelung nachzujagen, denn ihre Kollegenschaft im Westen und jenseits des Kanals rechnet und zwar ziemlich genau. Der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Krieg hat so recht bewiesen, daß die Kohle ein wichtiges politisches Instrument ist. England hat es verstanden, die Kohle als politisches Zwangsmittel zu verwenden, und diese Methode der politischen Unterjochung von Nationen hat den wirtschaftspolitischen Ergebnissen jener Zeit eine besondere Richtung gegeben. Die Unabhängigkeit in der Kohleneinfuhr ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Sicherheit in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Staaten. Aus diesem Grunde kann und darf nicht eine Verkürzung der Schichtdauer eingeführt werden. Wer die Hand hierzu bietet, ist ein Verbrecher an der Volksgemeinschaft. Keine Politik der Kompromisse, sondern lediglich ein energisches Nein!

Otto Leibrock

Drinnen und draußen

Deutschland und die Deutschen in Polen. Die Leser der „Grenzboten" haben im letzten Jahr das Ringen der Deutschen in Posen und Westpreußen um ihr Deutschtum verfolgen können. Sie haben mit ihnen langsam eine Hoffnung nach der andern zu Grabe tragen müssen. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages blieb noch die Hoffnung, daß auf dem Wege der deutsch-polnischen Verhandlungen das Deutsche Reich als letzte Leistung für die ausgestoßenen Stammesgenossen eine vertragliche Sicherung gewisser Mindestrechte für das Deutschtum im polnischen Staate würde durchsetzen können, in der Art, wie sie in dem Vertrag zwischen Polen und der Entente reichlich dürftig und nur in unklaren Umrissen gegeben sind. Auch diese Verhandlungen haben zu einem nennenswerten Ergebnis nicht geführt; ob sie später wieder aufgenommen werden, sieht heute recht fraglich aus. Der Friede ist ratifiziert, die Polen haben das ihnen von der Entente zugesprochene Gebiet besetzt, die neuen Grenzen zwischen Polen und dem Deutschen Reich sind errichtet, die Deutschen in Polen bleiben auf sich selbst angewiesen.

Schon vor dem Kriege war die Unkenntnis in Deutschland über die Verhältnisse in den Ostmarken oft erschreckend. Erst als die Friedensbedingungen bekannt wurden, kam es vielen zum Bewußtsein, daß dort im Osten altes deutsches Land mit alteingesessener deutscher Bevölkerung bedroht war. Fast schien es, als ob unter dem Drucke der Not eine große Welle gemeinsamen Fühlens mit den Brüdern im Osten durch das deutsche Volk ginge. Aber wenn man ehrlich ist: es schien doch nur so. Die wirtschaftliche Nöte des Tages waren stärker und heute erlebt das deutsche Volk in seinen weitesten Kreisen mit trauriger Gleichgültigkeit den endgültigen Verlust der Ostprovinzen.

Die Gefahr, daß mit der Aufrichtung einer politischen Grenze auch eine völkische Scheidewand zwischen dem Deutschtum in Polen und dem Deutschtum im Mutterland aufgerichtet wird, ist groß, und sie ist groß, nicht nur, weil die nötige Wärme des Mitgefühls im Mutterlande fehlt, sondern auch weil die Deutschen im Osten auf Grund ihrer Erfahrungen im verflossenen Jahr — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe hier dahingestellt — glauben, von dem Deutschen Reich verstoßen zu sein; verstoßen, nicht nur unter dem Zwange eines äußeren unüberwindlichen Druckes, sondern verstoßen auch, weil ein heiliger Wille, die Zusammengehörigkeit zu wahren, fehlte. Ein Gutes hat diese Stimmung der Deutschen in den Ostprovinzen gehabt. Sie haben im Gefühl ihrer Verlassenheit schneller gelernt, sich auf sich selbst zu besinnen. Da sie sahen, daß die eigenartige Problemhaftigkeit ihres Landes, in dem Deutsche und Polen seit Jahrhunderten untermischt sitzen, anderswo nicht verstanden wurde, machten sie sich selbst

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG